

Rede Rücknahme der Reduzierung der zusätzlichen Ausstattung von Schulen des Landes Brandenburg für das Schuljahr 2023/24, Antrag Linksfraktion (März 2023)

Anrede

In der letzten Plenarsitzung begann ich mit der Botschaft von Kolleg*innen und Eltern: „Sag denen da oben, die sollen was machen!“

Nun, Frau Ministerin, Sie haben etwas gemacht, aber eben zu wenig oder genau das Falsche.

- Spätestens seit Beginn dieser Legislatur war klar, dass wir hinsichtlich der Fachkräfte im Schulbereich ein Problem haben werden. Meine Fraktion hatte zu Beginn ein 13 Punkte Programm vorgeschlagen, um dem zu begegnen. Das haben Sie abgelehnt.
 - Fakt ist, dass das Agieren der Koalition und der Landesregierung geprägt war und ist von eher zurückhaltenden Maßnahmen, kleinen Schrittchen, die kaum Wirkung entfaltet haben.
 - Sie sprachen immer wieder von multiprofessionellen Teams- von 400 Stellen- was ist davon umgesetzt? Stattdessen haben sie erfolgreich die Finanzierung von Schulgesundheitsfachkräften abgesetzt und diese Fachkräfte den Kindern vorenthalten.
 - Sie haben die Signale fehlender Fachkräfte bundesweit ignoriert und eine aktuelle Lehrermodellrechnung stetig hinausgeschoben- bis es tatsächlich wirklich nicht mehr anders ging. Dies erfolgte erst unter mehrfachem Druck im Oktober des letzten Jahres.
 - Sie Frau Ministerin Schüle haben die Zahlen der Universität Potsdam hinsichtlich der Lehrkräfteausbildung lange Zeit ignoriert, obwohl Ihnen die Fakten aus meinen Kleinen Anfragen vorlagen.
 - Sie, Frau Ministerin Ernst, verweigern einen Bildungsrat, eine Taskforce zu gründen, einen Bildungsgipfel einzuberufen, mit der Ansage, das brauchen wir nicht- ohne selbst ein schlüssiges Konzept für die Unterrichtsorganisation, für zusätzliche Assistenzen, für eine zielgenaue Werbekampagne und die Rekrutierung von Fachkräften vorzulegen.
 - Sie als Koalition haben in den Haushaltsverhandlungen verhindert, dass wir Schulen zusätzliche Stellen zur Verfügung stellen, damit diese überhaupt über die Runden kommen.
 - Letztlich haben Sie als Landesregierung die Kitarechtsreform gestoppt- als wesentliche Grundlage für eine zukünftige erfolgreiche frühkindliche Bildung. Und Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass auch in diesem Bereich Fachkräfte fehlen.
 - Schlimm ist, dass nicht offen über Probleme geredet werden darf. Man hört immer wieder hinter vorgehaltener Hand, dass Maulkörbe verteilt, Dienstaufsichtsbeschwerden- Abmahnungen auferlegt werden, der Ton auf den verschiedenen Ebenen unterirdisch ist.
- (2:30)

Nun haben Sie tatsächlich endlich zur Kenntnis genommen, es wird im kommenden Schuljahr schwierig alle Stellen besetzen zu können.

Nun handeln Sie. Aus unserer Sicht falsch.

Nicht nur aus Sicht der Linksfraktion, sondern sämtliche Verbände, Lehrgewerkschaften, Elterngremien kritisieren aufs schärfste, was Sie hier entschieden haben.

- Sie passen flächendeckend die Ermessensspielräume bei der Ausstattung der Schulen an- mit dem Ziel den Unterricht an allen Schulendes Landes zu sichern.
- Sie reduzieren an allen Schulen die zusätzliche Ausstattung in den Bereichen Ganzttag, Flex, Gemeinsames Lernen, Differenzierung und massiv die Ausstattung der Schulzentren im schulorganisatorischen Bereich.
- Sie kapitalisieren damit ca. 200 Stellen für Lehrkräfte- ohne zeitliche Begrenzung- ohne zu sagen, wer diese Stellen bekommen soll und welche Aufgaben diese Assistenzen erledigen sollen.
- Sie tun das zu einem Zeitpunkt, wo die Planung an Schulen schon weit fortgeschritten ist.
- Und: es betrifft genau die Schulformen, an denen Kinder lernen, die dringend zusätzliche Förderung, kleinere Lerngruppen, flexiblen Unterricht, Unterstützung und Zuwendung benötigen.
- Sie schwächen das gesamte System Schule, um vermeintlich an Schwerpunktschulen für Abhilfe zu sorgen und nennen das einen solidarischen Akt.
- Das, was Sie erreicht haben- ist für Verwirrung, Aufregung, Verunsicherung zu sorgen- und ohne das mit den Gremien tatsächlich zu besprechen.

Daher fordern wir Sie auf, diese Maßnahme zurückzunehmen.

Sie können keine Bildungspolitik ausschließlich mit Ihrem Statistikreferat machen. Auf dem Papier sieht das alles einfach aus, für die Schulen- in der Praxis eine Zumutung! (1-2-3 Volle Stellen weniger- je nach Größe)

Was sollte man stattdessen tun?

1. Zunächst müssen wir eine gezielte Werbung zur Besetzung von Stellen an den betreffenden Schulen starten! Jeder weiß doch- keine Werbung ist schlechte Werbung! Von Brandenburg ist nichts zu hören.
2. Grundsätzlich müssen Sie dringend ein Konzept für Assistenzen und multiprofessionelle Teams an den Schulen vorlegen- und zumindest die Stellen endlich umsetzen, die schon im Haushalt abgesichert sind.
3. Zum Stichtag 31. Juli 2023 alle nichtbesetzten Stellen erfassen- um darzustellen wo und in welchem Umfang Schulen betroffen sind.
4. Wenn dies erfolgt- können nichtbesetzte Stellen- in angemessener Zahl insbesondere an Förder-Grund-Oberschulen und Schulzentren –zeitlich befristet- nach festgelegten Kriterien kapitalisiert werden.
Den Schulen soll ein Budget zur Verfügung gestellt werden mit dem sie auf Honorarbasis zusätzliche Förder- und Differenzierungsangebote machen können. Die Infrastruktur dazu ist aus dem Aufholprogramm vorhanden.

Wesentlich muss sein: sollte eine Bewerbung für eine Lehrkraft an der betreffenden Schule vorliegen, muss diese trotz kapitalisierter Stelle eingestellt werden. Die Assistenzstelle hingegen muss dauerhaft fortgeführt werden- ansonsten bekommen wir niemanden, den wir einstellen können.

5. Und es muss deutlich geregelt werden, dass alle kapitalisierten Lehrerstellen wieder als Lehrerstellen den Schulen zurückgegeben werden.

Letztlich bleibt festzustellen- alle Maßnahmen dahingehend hätten schon lange besprochen, geplant sein können. Sie rennen wieder den Zeiten hinterher- wie in der Corona Pandemie. Es drängt sich der Eindruck auf, sie wollen sich bis zu den Wahlen retten und in Form einer Salamtaktik Tatsachen schaffen.

Ich sage Ihnen, alle die in Bildung beschäftigt sind, haben ein Recht darauf, dass wir uns ehrlich machen müssen- dass wir gemeinsam nach Wegen suchen- die vor allem auch praxisnah und hilfreich sind. Außergewöhnliche Zeiten brauchen außergewöhnliche Maßnahmen. Mir ist klar, dass die Herausforderungen groß sind- aber Ihre Art von Politik wollen wir nicht mittragen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.